



### Nahwärmeversorgung der Ortsgemeinde Ober-Olm

Zum Bau der Nahwärmeversorgungsanlage in Ober-Olm stellt der CDU-Ortsverband abschließend fest:

Politisch ist die Entscheidung zum Bau der Holzpelletsanlage durch die von FWG/SPD getragenen Verwaltungsspitzen in Orts- und Verbandsgemeinde gefallen. Es bleibt jedoch der Eindruck zurück, dass die Verwaltungen eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Vor- und Nachteilen eines solchen Großprojektes innerhalb der Ratsgremien scheuten.

Grundsätzlich stand dabei die CDU gegenüber der Idee zur Errichtung der Nahwärmeversorgung offen gegenüber. Bedenklich ist jedoch, dass sich über Alternativen zum Bau der Verbrennungsanlage keine Gedanken innerhalb der Verwaltungen in Orts- und Verbandsgemeinde gemacht wurden. Auch die Prüfung verschiedener Varianten zur umweltfreundlichen Energieerzeugung erfolgte nicht, Möglichkeiten zur Senkung des Energiebedarfs der zu beheizenden Gebäude, z.B. durch eine bessere Wärmedämmung, wurden nicht erwogen. In den Ober-Olmer Ratsgremien blockte die Ortsverwaltung die von der CDU gestellten Fragen oder Anregungen zum Projekt ab.

Nun binden sich Orts- und Verbandsgemeinde auf 15 Jahre lang vertraglich fest gegenüber der EDG, ohne dass Preissicherheit damit verbunden wäre. Vertrags- und Projektdetails mit der Firma EDG wurden nie in den offiziellen Gremien der Orts- oder Verbandsgemeinde behandelt, eine offizielle Vorstellung des Projektes seitens der Firma fand in den gewählten Ratsgremien nicht statt.

In der letzten Ober-Olmer Gemeinderatssitzung im Dezember 2009 entstand dadurch ein intransparentes Konstrukt: Grundsätzlich wurde durch den Ortsgemeinderat für das Projekt grünes Licht gegeben. Die Vertragsinhalte – da angeblich der Verwaltung noch nicht vorliegend – sollten dann in Rahmen einer Beigeordnetenbesprechung unter Beteiligung aller Ratsfraktionen beraten werden. Dies geschah nun im neuen Jahr - in nicht-öffentlicher Sitzung. Hier wurde auf Betreiben der Ortsverwaltung der Vertrag durchgesetzt, ohne dass nochmals ein abschließendes Votum des Gemeinderates zu dem nun vorliegenden Vertragsentwurf gefällt wurde. Allgemein wurde auf das Einholen von anderen Firmenangeboten seitens der Verwaltungen mit dem Hinweis, dass die VG Gesellschafter der Firma EDG sei, verzichtet.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Ortsgemeinderat, Wendelin Schultheis, stellt hierzu fest:

„Für die Verwaltung war es zuvor beschlossene Sache, dass die Anlage gebaut wird – und zwar seitens der Firma EDG – koste was es wolle. Die Anregungen der CDU-Fraktion interessierte die Verwaltung dabei herzlich wenig. Angesichts dieser undurchsichtigen Vorgehensweise stellt sich automatisch die Frage, ob diese Vorgehen im Sinne des Ortes war, oder andere Interessen mit im Spiel waren.“

Der CDU-Ortsvorsitzende Martin Senne ergänzt:

„Abhilfe gegen solche Spekulationen kann durch eine bessere Informationspolitik seitens der Verwaltungen gegenüber den Ratsgremien geschaffen werden. In diesem Fall ist diese schlichtweg als ungenügend zu bezeichnen. Ich erinnere daran: Die politische Verwaltung ist gegenüber den Ratsmitgliedern zur ausreichenden Information über ihr politisches Handeln verpflichtet, und die Ratsmitglieder sind eben nicht nur zum Abnicken der Vorschläge der politischen Verwaltung da.“